

Schriften zum Völkerrecht

Band 113

Die Staatszugehörigkeit von Handelsschiffen im Völkerrecht

Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Flaggenverleihung
unter besonderer Berücksichtigung der sog. Billigflaggen

Von

Marco Núñez-Müller



Duncker & Humblot · Berlin

MARCO NÚÑEZ-MÜLLER

**Die Staatszugehörigkeit
von Handelsschiffen im Völkerrecht**

Schriften zum Völkerrecht

Band 113

Die Staatszugehörigkeit von Handelsschiffen im Völkerrecht

**Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Flaggenverleihung
unter besonderer Berücksichtigung der sog. Billigflaggen**

Von

Marco Núñez-Müller



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Núñez-Müller, Marco:

Die Staatszugehörigkeit von Handelsschiffen im Völkerrecht :
Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Flaggenverleihung unter
besonderer Berücksichtigung der sog. Billigflaggen / von Marco
Núñez-Müller. – Berlin : Duncker und Humblot, 1994

(Schriften zum Völkerrecht ; Bd. 113)

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 1993/94

ISBN 3-428-08041-6

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1994 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0582-0251

ISBN 3-428-08041-6

Meinen Eltern
Gefion Müller de Núñez
Diego Núñez Villarejo

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung ist im wesentlichen während und nach meiner Assistententätigkeit am Institut für Seerecht und Seehandelsrecht der Universität Hamburg sowie während eines Studienaufenthaltes an der Columbia University, New York, entstanden. Zahlreiche Anregungen erhielt ich auch während eines Praktikums bei der für Seetransport zuständigen Generaldirektion VII der EG-Kommission. Dank für Anregungen und Hinweise schulde ich den Herren Prof. Dr. Rainer Lagoni (Institut für Seerecht, Universität Hamburg) und Prof. Dr. Ingo v. Münch (Institut für Internationale Angelegenheiten, Universität Hamburg) - jeweils auch für das Erst- bzw. Zweitgutachten -, Dr. Jürgen Erdmenger (EG-Kommission), Prof. Oscar Schachter und Prof. Michael Marks Cohen (Columbia University Law School) sowie Dr. Doliver Nelson ("Law of the Sea Office" der Vereinten Nationen).

Das Manuskript wurde im Dezember 1992 abgeschlossen und im Februar 1993 beim FB Rechtswissenschaft I der Universität Hamburg eingereicht, von dem es im Wintersemester 1993/94 als Dissertation angenommen wurde. Soweit möglich, ist für die Drucklegung die bis Mitte November 1993 erschienene Literatur noch berücksichtigt worden.

Den wesentlichen Mitarbeitern des Hamburger Seerechtsinstitutes, allen voran Herrn Roland Petersen, Frau Gabriele Knupper und Frau Bärbel Halledt, danke ich für ihre freundschaftliche Ermutigung und viele fruchtbare, fröhlich-tiefsinnige Diskussionen in der Zeit der Entstehung dieser Arbeit. Ebenso danke ich allen anderen Menschen, die mich in diesem Lebensabschnitt begleitet, beeinflußt und inspiriert haben und die hier nicht alle genannt werden können.

Dieses Buch ist meinen Eltern gewidmet, ohne deren Unterstützung ich nicht geworden wäre, was ich bin.

Hamburg, im November 1993

Marco Núñez-Müller

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	29
<i>Erster Teil</i>	
Hintergrund	33
I. Historische Beispiele der Ausflagung von Seeschiffen	33
II. Die Entwicklung der wirtschaftlich motivierten Ausflagung im 20. Jahrhundert	39
1. Die Entwicklung bis 1945	39
2. Die Entwicklung der PanLibHon-Register nach 1945	41
III. Ansätze zu einer Definition der Begriffe "flags of convenience" und "open register"	45
1. Terminologisches	45
2. Ansätze zu einer Definition der "flags of convenience"	46
3. Der Begriff "Offene Register"	49
4. "Tax haven"-Register ("Quasi-FoC")	50
IV. Vorteile einer Ausflagung in "Offene Register"	51
V. Merkmale der "FoC" und negative Folgen der Ausflagung	55
1. Struktur der "flags of convenience"	55
a) Schiffstypen, Alter	55
b) "Beneficial ownership"	56
2. Negative Folgen der Ausflagung in Offene Register	58
a) Volkswirtschaftliche Auswirkungen	59
b) Auswirkungen auf die soziale Situation der Seeleute	60

c)	Auswirkungen auf Sicherheit, Schiffsunfälle und Umweltverschmutzung.....	61
d)	Weitere nachteilige Folgen der Offenen Register	62
VI.	Nationale und internationale Maßnahmen im Hinblick auf die Offenen Register.....	64
1.	Nationale Maßnahmen	64
2.	Internationale Maßnahmen	66

Zweiter Teil

	Schiff und Flaggenstaat im Völkerrecht	68
I.	Schiff und Staatszugehörigkeit	68
1.	Der völkerrechtliche Schiffsbegriff	68
2.	Die Staatszugehörigkeit von Seehandlungsschiffen.....	73
II.	Flaggenstaat und Völkerrecht	80
1.	Rechtsnatur der Flaggenhoheit.....	81
a)	Flaggenhoheit als Territorialhoheit?	82
b)	Flaggenhoheit als Personalhoheit?	85
c)	Andere Ansätze zur Einordnung der Flaggenhoheit	86
d)	Flaggenhoheit als Hoheitsgewalt sui generis	86
2.	Aus der Flaggenverleihung erwachsende Rechte des Flaggenstaates	87
a)	Die Flaggenhoheit in den verschiedenen Meereszonen.....	88
aa)	Die Flaggenhoheit auf der Hohen See.....	88
bb)	Die Flaggenhoheit in der Ausschließlichen Wirtschaftszone	92
cc)	Die Flaggenhoheit im Bereich des Festlandssockels	93
dd)	Die Flaggenhoheit in der Anschlußzone	94
ee)	Die Flaggenhoheit im Küstenmeer	95
ff)	Die Flaggenhoheit in inneren Gewässern.....	97
gg)	Die Flaggenhoheit in Archipelgewässern.....	99
hh)	Die Flaggenhoheit in internationalen Meerengen	99

b)	Schutzrechte des Flaggenstaates	101
aa)	Terminologische Ableitung	101
bb)	Umfang und Voraussetzungen der Protektion	102
cc)	Protektionsrecht des Flaggenstaates	103
dd)	Protektionsrecht (auch) des "Eigentümerstaates"?	106
ee)	Protektionsrecht des Heimatstaates der Besatzungsmitglieder?	108

Dritter Teil

Völkerrechtliche Voraussetzungen der Flaggenverleihung an Seehandelschiffe: Die Entwicklung vom 19. Jahrhundert bis zum Genfer Übereinkommen über die Hohe See von 1958	110
--	-----

I.	Völkerrechtliche Rahmenbedingungen der Flaggenverleihung	110
1.	Die Grundsätze der Meeresfreiheit und der Schifffahrtsfreiheit	110
2.	Das Verbot der Staatenlosigkeit von Seehandelschiffen	114
3.	Das Verbot der doppelten Staatszugehörigkeit	116
4.	Das Verbot der Flaggenverleihung an bereits anderweitig registrierte Schiffe	117
5.	Das Verbot des Rechtsmißbrauchs	118
6.	Völkerrechtliche Verträge	120
II.	Die Kodifikationsfreiheit der Flaggenstaaten und ihre völkerrechtlichen Schranken vor dem Genfer Übereinkommen über die Hohe See	121
1.	Die Flaggenverleihung und die Pflicht zur Anerkennung der Staatszugehörigkeit	122
2.	Der Grundsatz unbeschränkter Kodifikationsfreiheit der Flaggenstaaten	124
a)	Die Staatenpraxis ab 1800	125
aa)	Schifffahrtsverträge	125
bb)	Anderweitige Staatenpraxis	127
b)	Rechtsprechung	127

aa)	Entscheidungen internationaler Gerichte (insbesondere: der "Muscat-Dhows"-Fall).....	127
bb)	Entscheidungen nationaler Gerichte	128
c)	Völkerrechtslehre	129
3.	Völkerrechtliche Schranken der Kodifikationsfreiheit	132
a)	Staatenpraxis	132
aa)	Ältere Schiffahrtsverträge	132
bb)	Multilaterale Verträge und Kodifikationsentwürfe	134
b)	Nationale Flaggenetze	134
aa)	Anknüpfungspunkte in den nationalen Flaggen- gesetzen.....	134
aaa)	Inländische Staatsangehörigkeit des Schiffs- eigentümers	134
bbb)	Inländischer Wohnsitz des Schiffseigen- tümers.....	136
ccc)	Inländische Staatsangehörigkeit der Besat- zungsmitglieder	137
ddd)	Inländischer Bauort des Schiffes	138
eee)	Inländische Staatsangehörigkeit des Reeders....	138
bb)	Völkerrechtliche Relevanz der nationalen Flaggen- verleihungsbestimmungen	139
cc)	Ableitung eines gemeinsamen Kerns der natio- nalen Flaggenetze	141
dd)	Nationales Flaggenrecht und vertragliche Blan- kettverweisung: Die begleitende "opinio iuris" der Flaggenstaaten	143
c)	Rechtsprechung	145
aa)	Internationale und prisenrechtliche Judikatur	145
bb)	Entscheidungen nationaler Gerichte	146
d)	Völkerrechtslehre	148
aa)	Der Entwurf des Institut de Droit International	148
bb)	Andere Befürworter völkerrechtlicher Kodifika- tionsschranken	151
4.	Rechtsvermutung für oder gegen die Kodifikationsfreiheit?.....	153

5.	Zusammenfassung	155
III.	Die Entwicklung des "genuine link" und das Genfer Übereinkommen über die Hohe See	155
1.	Das "Nottebohm"-Urteil des IGH und sein Einfluß auf das Flaggenrecht	156
a)	Das Urteil	156
b)	Reaktionen in der Literatur	158
c)	Übertragbarkeit der "Nottebohm"-Grundsätze auf die Staatszugehörigkeit von Handelsschiffen?	159
2.	Die Entwürfe der International Law Commission	162
3.	Die Erste Seerechtskonferenz 1958	167
a)	Die Diskussion um den "genuine link"	168
b)	Die Einführung des Grundsatzes der effektiven Jurisdiktion und Kontrolle	170
c)	Die Streichung der Nichtanerkennungsklausel	171
4.	Flaggenrechtliche Bestimmungen im Genfer Übereinkommen über die Hohe See	173
a)	Staatszugehörigkeit und Flaggenführungsrecht	173
aa)	Das Verhältnis zwischen Staatszugehörigkeit, Flaggenführungsrecht und Registrierung	173
bb)	Flaggenverleihungspflicht?	175
cc)	Der Verlust der Staatszugehörigkeit	176
b)	Der "genuine link"	178
aa)	Das Verhältnis von "genuine link" und "effective exercise of jurisdiction and control"	179
aaa)	Die Identitätstheorie	179
bbb)	Die funktionale Mittel-Zweck-Beziehung	182
bb)	Ansätze zu einer Definition des "genuine link"	183
aaa)	Negative Definition	183
bbb)	Ansätze zu einer positiven Umschreibung des "genuine link"	184
(1)	Staatenpraxis	184
(2)	Literatur	185

(3) Stellungnahme	189
c) Die Verpflichtung des Flaggenstaates zu "effective exercise of jurisdiction and control"	192
aa) Die allgemeine Pflicht zur effektiven Ausübung von Hoheitsgewalt und Kontrolle	193
bb) Die Konkretisierung durch Art. 10 GÜHS	195
d) Rechtsfolgen einer Verletzung von Art. 5 Abs. 1 S. 3, Art. 10 GÜHS	201
aa) Folgen einer Nichtbeachtung des "genuine link"	201
aaa) Völkerrechtliche Folgen	202
(1) Auffassungen in der Literatur	202
(a) Das Recht zur Nichtanerkennung der Staatszugehörigkeit	202
(b) Anerkennungspflicht	204
(2) Stellungnahme	205
bbb) Folgen im Internationalen Privatrecht	209
(1) Rechtsfolgen im deutschen IPR (insbesondere im deutschen Internationalen Arbeitsrecht)	211
(2) Rechtsfolgen im IPR anderer Schiff-fahrtsstaaten	215
bb) Rechtsfolgen mangelnder Jurisdiktion und Kontrolle durch den Flaggenstaat	219
IV. Zusammenfassung des dritten Teils	221

Vierter Teil

Die Entwicklung des Flaggenrechts bis zum Seerechtsübereinkommen von 1982 228

I. Die Rechtsprechung des IGH	228
1. "IMCO"	228
a) Vorgeschichte und Sachverhalt	228
b) Die Entscheidung	230
c) Stellungnahmen in der völkerrechtlichen Literatur	233

2.	"Barcelona Traction"	235
a)	Das Urteil	235
b)	Die Bedeutung des Urteils für die Frage der (Nicht-)Anerkennung des "genuine link"	237
II.	Die Einschränkung des Flaggenstaatprinzips bis zum SRÜ 1982.....	239
1.	Der indirekte Ansatz zur Bekämpfung negativer Auswirkungen der Ausflagung: Verschärfung flaggenstaatlicher Pflichten und Erweiterung küsten- bzw. hafenstaatlicher Rechte	239
2.	Die Einschränkung des Flaggenstaatprinzips durch internationale Übereinkommen.....	241
a)	Übereinkommen und Empfehlungen der ILO.....	241
aa)	Aktivitäten der ITF und ihr Einfluß auf die ILO.....	243
bb)	Die Empfehlungen Nr. 107 und Nr. 108 sowie das Übereinkommen Nr. 147 der ILO	247
b)	Übereinkommen der IMO	252
aa)	Übereinkommen zur Förderung der Sicherheit auf See.....	252
bb)	Übereinkommen zum Schutz der marinen Umwelt ...	255
c)	Die "no more favourable treatment"-Klausel	260
d)	Das Memorandum über Hafenstaatkontrolle von 1982.....	263
e)	Zusammenfassung.....	265
III.	Das Seerechtsübereinkommen von 1982	266
1.	Ziele und Prioritäten der Dritten Seerechtskonferenz	266
2.	Flaggenrechtliche Bestimmungen im SRÜ.....	267
a)	Die Trennung von "genuine link" und "effective jurisdiction and control"	267
b)	Andere flaggenrechtliche Bestimmungen	272
3.	Rechte und Pflichten des Flaggenstaates in bezug auf Sicherheits- und Sozialstandards	276
a)	Regelungs- und Durchsetzungspflichten des Flaggenstaates	276
b)	Kontroll- und Durchsetzungsrechte von Flaggen- und Drittstaaten	284

c)	Bewertung	287
4.	Rechte und Pflichten des Flaggenstaates sowie Regelungs- und Durchsetzungskompetenzen anderer Staaten im marinen Umweltschutz	288
a)	Allgemeine Pflichten aller Staaten	288
b)	Regelungs- und Durchsetzungspflichten der Flaggenstaaten	290
aa)	Regelungspflichten	290
bb)	Durchsetzungspflichten	291
cc)	Bewertung	295
c)	Regelungs- und Durchsetzungskompetenzen von Küstenstaaten	296
aa)	Regelungskompetenzen	296
bb)	Durchsetzungskompetenzen	300
cc)	Bewertung	306
d)	Regelungs-, Überwachungs- und Durchsetzungskompetenzen von Hafenstaaten	309
aa)	Regelungsbefugnisse und Publizitätspflichten	309
bb)	Durchsetzungskompetenzen	309
cc)	Bewertung	314
IV.	Zusammenfassung des vierten Teils	315

Fünfter Teil

	UNCTAD und die UN-Registerkonvention	320
I.	UNCTAD und die Offenen Register	320
1.	Historischer und wirtschaftlicher Hintergrund	320
2.	Die Untersuchungsphase (1974-1980): Die wirtschaftliche Bedeutung des "genuine link" und das "phasing out" der Offenen Register	325
a)	Die "Economic Consequences of the Existence or Lack of a "genuine link" between Ship and Flag State"	325
b)	UNCTAD V und darüber hinaus	328

3.	Die Vorbereitung der Registerkonferenz.....	331
II.	Die Registerkonferenz	333
1.	Die Erste Sitzung (1984).....	333
2.	Die Zweite Sitzung (Jan./Feb.1985).....	336
3.	Die Dritte Sitzung (Juli 1985).....	337
4.	Die Vierte Sitzung (Jan./Feb. 1986).....	337
III.	Die "United Nations Convention on Conditions for Registration of Ships" [UNCCORS]	338
1.	Rechtsnatur, Ziele und Anwendungsbereich von UNCCORS.....	338
a)	Rechtsnatur und Adressaten	338
b)	Abgestufte Verbindlichkeit	340
c)	Ziele der Registerkonvention	341
d)	Anwendungsbereich und Definitionen.....	342
2.	Die Vorschriften über Registrierungsbedingungen.....	343
a)	Der "genuine link".....	343
aa)	Der sog. "optional approach".....	344
bb)	Eigentum	345
cc)	Besetzung und Besatzung	347
dd)	Management	350
b)	Bewertung	352
3.	Die Vorschriften über "effective exercise of jurisdiction and control"	353
a)	Die nationale Schifffahrtsverwaltung	354
b)	Transparenz durch Registereintragung	358
c)	Identifizierung und Rechenschaftspflicht von Schiffen und Schiffseignern	361
aa)	Art. 6 UNCCORS	361
bb)	Art. 10 Abs. 3 UNCCORS.....	363
d)	Arbeitsschutzbestimmungen.....	364
4.	Bareboat Charter	365

5.	Verschiedene Bestimmungen der UNCCORS.....	368
a)	"Maritime Joint Ventures"	369
b)	Der Schutz von Seeleuten.....	369
c)	Maßnahmen zur Vermeidung negativer wirtschaftlicher Auswirkungen	371
6.	Das Inkrafttreten der Konvention	372
7.	Die Bewertung der UNCCORS.....	372
	Zusammenfassung und Ausblick	376
	Literaturverzeichnis	391

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Orte
ABl.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
ACFN	American Committee for Flags of Necessity
Add.	Addendum, Addenda
Ad Hoc IWG	Ad Hoc Intergovernmental Working Group
a.E.	am Ende
ADM	Anuario de Derecho Marítimo
AFDI	Annuaire Français de Droit International
AfS	Arkiv for Sjørett
AJIL	American Journal of International Law
AkadWiss	Akademie der Wissenschaften
A.L.I.	American Law Institute
Anm.	Anmerkung
AnnDMA	Annuaire de droit maritime et aérien
Ann.IDI	Annuaire de l'Institut de Droit International
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbG	Arbeitsgericht
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWZ	Ausschließliche Wirtschaftszone
BAG	Bundesarbeitsgericht
Bd.	Band, Bände
BFH(E)	Bundesfinanzhof(sentscheidungen)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH(Z)	Bundesgerichtshof(sentscheidungen in Zivilsachen)

BIMCO	The Baltic & International Maritime Council
BMV	Bundesminister(ium) für Verkehr
BRT	Bruttoregister tonne(n)
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages
Bull.	Bulletin
BVerfG(E)	Bundesverfassungsgericht(sentscheidungen)
BYIL	The British Yearbook of International Law
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
Calif. Western Int'l L.J.	California Western International Law Journal
Cmnd.	Papers presented to Parliament by Command of Her Majesty (ab 1956)
Col. Law Rev.	Columbia Law Review
COLREG	Convention on the International Regulations for Preventing Collisions at Sea
Conn. JIL	Connecticut Journal of International Law
Corr.	Corrigendum, Corrigenda
CYIL	Canadian Yearbook of International Law
DCME	design, construction, manning, equipment
DDR	Deutsche Demokratische Republik (am 3.10.1990 der Bundesrepublik Deutschland beigetreten)
ders.	derselbe
DGVR	Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht
d.h.	das heißt
Dir. Mar.	Il Diritto Marittimo
Diss.	Dissertation
diss. op.	dissenting opinion
DMF	Le Droit Maritime Français
Doc.	Document(s)
Dods.	Dodson's Admiralty Reports (1811-1822)
Diss. iur.	juristische Dissertation
DVIS	Deutscher Verein für Internationales Seerecht

EA	Europa-Archiv
ECOSOC	Economic and Social Council
ed.	editor(s) (Herausgeber); edition (Auflage)
EEZ	Exclusive Economic Zone
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EPIL	Encyclopedia of Public International Law (hrsg. von R. Bernhardt u.a.)
et al.	et alii
etc.	et cetera
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (seit 1.11.1993: Europäische Gemeinschaft)
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (seit 1.11.1993: EGV)
f.	und folgende Seite
ff.	und folgende Seiten
FIRG	Flaggenrechtsgesetz der Bundesrepublik Deutschland
FIRVO	Flaggenrechtsverordnung der Bundesrepublik Deutschland
Fn.	Fußnote(n)
FoC	Flag(s) of Convenience
FS	Festschrift
Fstm.	Fürstentum
GA.OR	United Nations General Assembly, Official Records
GA Res.	United Nations General Assembly Resolution
gem.	gemäß
GFSÜ	Genfer Übereinkommen über den Festlandsockel
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls

GGK	Grundgesetz-Kommentar
GKüMÜ	Genfer Übereinkommen über das Küstenmeer und die Anschließzone
GS	Gedächtnisschrift
GÜHS	Genfer Übereinkommen über die Hohe See
GYIL	German Yearbook of International Law
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HStK-Memorandum	Memorandum of Understanding on Port State Control (Memorandum über Hafensstaatkontrolle)
HoustonJIL	Houston Journal of International Law
i.A.	im Auftrag, im Allgemeinen
IAEA	International Atomic Energy Agency
ibid.	ibidem (am gleichen Ort)
ICC	International Chamber of Commerce
ICJ	International Court of Justice
ICJ Rep.	International Court of Justice, Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
ICNT	Informal Composite Negotiating Text
id.	idem (derselbe, dasselbe)
idF	in der Fassung
IDI	Institut de Droit International
idR	in der Regel
i.E.	im Einzelnen
i.e.	id est
i.e.S.	im engeren Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof
IJIL	Indian Journal of International Law
ILA	International Law Association
ILC	International Law Commission

ILC Yb.	Yearbook of the International Law Commission
ILM	International Legal Materials
ILO	International Labour Organization / International Labour Office
ILR	International Law Reports
IMCO	Intergovernmental Maritime Consultative Organization (seit 22.5.1982: IMO)
IMO	International Maritime Organization
Instalm.	Instalment
Int.L.	International Law
Int.L.J.	International Law Journal
Int.L.Rev.	International Law Review
Int.Lab.Rev.	International Labour Review
IPG	Intergovernmental Preparatory Group
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des/der
ISNT	Informal Single Negotiating Text
ISR	Internationales Seeschiffsregister
ITF	International Transport Workers' Federation
i.V.m.	in Verbindung mit
i.W.	im Wesentlichen
JDI	Journal du Droit International
Jg.	Jahrgang
JIL	Journal of International Law
JIR	Jahrbuch für Internationales Recht (1948-1976; ab 1977 "GYIL")
JMLC	Journal of Maritime Law and Commerce
JWTrL	Journal of World Trade Law
Kap.	Kapitel
Kgr.	Königreich
LdR/VR	Lexikon des Rechts / Völkerrecht
lit.	litera, literae (Buchstabe/n)

LL.MCLQ	LLoyd's Maritime and Commercial Law Quarterly
LN.OJ	League of Nations. Official Journal
LNTS	League of Nations Treaty Series
m	Meter
m.	mit
Marit.Pol.Mgmt.	Maritime Policy and Management
MARPOL	Convention for the Prevention of Maritime Pollution from Ships (1973/78)
Mar.Pol.	Marine Policy
Mar.Poll.Bull.	Marine Pollution Bulletin
Mar.St.Mngm.	Maritime Studies and Management
Mio	Million(en)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NIS	Norwegian International Ship Register
NISO	Neue Internationale Seeverkehrsordnung
NIWO	Neue Internationale Wirtschaftsordnung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Number, Número
Nr.	Nummer, Nummern
NRGTc	Nouveau Recueil Général des Traités (hrsg. v. G. Fr. de Martens)
NTIR	Nordisk Tidskrift for International Ret
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWWO	Neue Weltwirtschaftsordnung
NYIL	Netherlands Yearbook of International Law
o.ä.	oder ähnliche(s)
ODIL	Ocean Development and International Law
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development

OEEC	Organization for European Economic Cooperation
o.g.	oben genannt(en)
OILPOL	International Convention for the Prevention of Pollution of the Sea by Oil (1954)
OR	Offene(s) Register (open register)
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
ÖZöR	Österreichische Zeitschrift für Öffentliches Recht und Völkerrecht
p.a.	per annum
para., paras.	paragraph, paragraphs
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PrepCom	Preparatory Committee
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (begründet von E. Rabels)
RdC	Receuil des Cours de l'Académie de Droit International (Den Haag)
RDI	Revue de Droit International
Reg.	Regel, regulation
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGDIP	Revue Générale de Droit International Public
RHDI	Revue Héliénique de Droit International
R.I.A.A.	Reports of International Arbitral Awards
Riv.	Rivista
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer(n)
RSNT	Revised Single Negotiating Text
Rstm.	Restatement of the Law (Hrsg.: American Law Institute, A.L.I.)
S.	Seite, Satz
sec.	section (Paragraph)

SeemG	Seemannsgesetz
sep.op.	separate opinion
Sess.	Session (Tagung, Sitzung)
sm	Seemeile(n)
sog.	sogenannte(r/s)
SOLAS	Convention on the Safety of Life at Sea (1960/1974)
SRÜ	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982
STCW	Convention on Standards of Training, Certification and Watchkeeping for Seafarers (1978)
stellv.	stellvertretend
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StISchH	Ständiger Internationaler Schiedshof
ST/LEG/SER.	UN Document, Secretariat, Legislative Series
Suppl.	Supplement
t	tome
Texas ILJ	Texas International Law Journal
TIAS	United States Treaties and Other International Acts Series
TranspR	Transportrecht
u. a.	unter anderem; und andere(s)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (im Dezember 1992 aufgelöst)
UN	United Nations
UNCCORS	United Nations Convention on Conditions for Registration of Ships
UNCLOS	United Nations Conference on the Law of the Sea / United Nations Convention on the Law of the Sea
UNCLOS I	First United Nations Conference on the Law of the Sea
UNCLOS III	Third United Nations Conference on the Law of the Sea

UNCLOS I.OR	Official Records of the First United Nations Conference on the Law of the Sea
UNCLOS III.OR	Official Records of the Third United Nations Conference on the Law of the Sea
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UN Doc.	United Nations Document
UNEP	United Nations Environment Programme
UN,LOS-Bull.	United Nations, Law of the Sea Bulletin
UN,LOS-Navig.Legisl.Hist.	United Nations (Office for Ocean Affairs and the Law of the Sea), The Law of the Sea, Navigation on the High Seas, Legislative History of Part VII, Section I (Articles 87, 89, 90-94, 96-98) of the United Nations Convention on the Law of the Sea
UN ST/LEG/SER.B	United Nations Legislative Series (21 Bde., 1951-1985)
UNTS	United Nations Treaty Series
Urt.	Urteil
U.S.C.	United States Code
usw.	und so weiter
v.a	vor allem
Vanderb.J.Transnat.L.	Vanderbilt Journal of Transnational Law
v.Chr.	vor Christus
VDR	Verband deutscher Reeder
vgl.	vergleiche
VirgJIL	Virginia Journal of International Law
VN	Vereinte Nationen
Vol.	Volume(s)
VR	Volksrepublik
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee
VSP	Vessel Source Pollution
Wash.L.Rev.	Washington Law Review
WdV	Wörterbuch des Völkerrechts (hrsg. von Strupp/Schlochauer)

Wheat.	U.S. Supreme Court Reports, Wheaton (1816-1827)
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaft
WVD	Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie (hrsg. von Strupp/Schlochauer)
WVÜ	Wiener Vertragsrechtsübereinkommen
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer(n)
zit.	zitiert (als)
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht
ZVgl.RWiss.	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZVR	Zeitschrift für Völkerrecht

Einleitung

Die Zeiten, in denen völkerrechtliche Lehrbücher unter dem Stichwort "Flagge" lediglich Ausführungen zum Flaggen- oder Schiffsgruß machten¹, sind vorbei. Im Vordergrund der seerechtlichen Betrachtung steht heute die Staatszugehörigkeit von Schiffen, deren Indiz das Führen einer Flagge ist.

Flaggenrecht i.w.S. ist das (Völker-)Recht der Staatszugehörigkeit von Schiffen: als Flaggenverleihungsrecht behandelt es die völkerrechtlichen Voraussetzungen der Vergabe der Staatszugehörigkeit an ein Schiff; als Recht der Flaggenhoheit i.w.S. grenzt es die aus der Flaggenverleihung erwachsenden Jurisdiktionsbefugnisse des Flaggenstaates gegen konkurrierende Befugnisse anderer Staaten ab und erlegt ihm zugleich bestimmte Pflichten auf.

Mit dem Institut der Schiffsnationalität hat sich seit dem 19. Jahrhundert auch das Flaggenvölkerrecht kontinuierlich entwickelt, zunächst gewohnheitsrechtlich, seit dem Zweiten Weltkrieg v.a. auch in kodifizierter Form. Anstoß für letzteres gab insbesondere das Aufkommen der (zunächst) weitgehend als Fehlentwicklung empfundenen "Billigflaggen" ("flags of convenience"), welche die traditionellen Ordnungsstrukturen des Seerechts unterlaufen haben und nicht nur Anlaß bedeutender völkerrechtlicher Fortentwicklungen, sondern auch Ursache steten Streites um Auslegung und Anwendung flaggenrechtlicher Grundsätze geworden sind.

Die Intensität der Auseinandersetzungen um die "Billigflaggen" bzw. "Offenen Register" wird erst vor dem historischen und wirtschaftlichen Hintergrund des Phänomens der Ausflagung, seiner Vorzüge und Nachteile für Schiffsnutzer, Flaggenstaaten und die Staatengemeinschaft insgesamt verständlich; diese Einordnung erfolgt im ersten Teil der Untersuchung.

Seine rechtliche Bedeutung gewinnt der Streit um die "Billigflaggen" und die Ausgestaltung des internationalen Flaggenrechts vor dem Hintergrund nicht nur der Voraussetzungen, sondern zunehmend auch der Folgen, die das Seevölkerrecht an die Flaggenverleihung knüpft. Die "flags of convenience" berühren verschiedene Bereiche des Rechts der Schiffsnationalität. Der zweite Teil der Untersuchung soll daher die Grundkonzepte von Staatszugehörigkeit und Flaggenhoheit erläutern.

Ziel der folgenden Hauptteile 3-5 der Studie ist es, zwei prinzipiell unterschiedliche Ansätze aufzuzeigen, welche im Flaggenrecht gegenüber den

¹ So noch *de Martens*, Précis du droit des gens moderne de l'Europe (Paris 1864), 416 ff.

"Offenen Registern" entwickelt worden sind. Der erste Ansatz zielt auf eine völkerrechtliche Normierung bestimmter Flaggenverleihungsvoraussetzungen, durch welche die internationale Ausflagungspraxis direkt beeinflusst werden soll. Dieser "direct approach" steht auf dem Boden zahlreicher, vielfach widersprüchlicher Strömungen in der Völkerrechtslehre und -praxis, die teils den Gedanken flaggenstaatlicher Kodifikationsfreiheit, teils verschiedene völkerrechtliche Flaggenverleihungsschranken entwickeln und betonen. Nach zahlreichen Versuchen einer expliziten Normierung international verbindlicher Flaggenverleihungsvoraussetzungen hat dieser Ansatz schließlich zur Kodifizierung der berühmten Rechtsfigur des "*genuine link*" geführt.

Diese "echte Verbindung" zwischen Schiff und Flaggenstaat hat als Voraussetzung des Staatszugehörigkeitserwerbs Eingang in das "Genfer Übereinkommen über die Hohe See" von 1958 (GÜHS) und das "Seerechtsübereinkommen" von 1982 (SRÜ) gefunden; eine Definition und Ausweitung hat neuerdings auch die "UN-Schiffsregisterkonvention" von 1986 versucht. Die (scheinbare) Vagheit des Begriffs hat vielfach zu seiner Einschätzung als "*nudum praeceptum*" oder "*lex imperfecta*" geführt. Demgegenüber entwickelt die Untersuchung eine jurisdiktionsbezogene Auslegung des "genuine link", welche ihm einerseits die - historisch und systematisch zutreffende - Einordnung als Voraussetzung der Flaggenverleihung beläßt, andererseits aber die dem Flaggenstaat aufgrund der Flaggenverleihung erwachsenden Jurisdiktionspflichten als Maßstab auch des "genuine link" fruchtbar macht.

Die Schwierigkeit einer verbindlichen Definition des "genuine link", v.a. aber seiner Durchsetzung gegenüber dem Flaggenstaat, hat seit den sechziger Jahren zur Entwicklung eines zweiten flaggenrechtlichen Ansatzes zur Eindämmung negativer Auswirkungen von "Billigflaggen" geführt. Ausgehend von der bereits im GÜHS enthaltenen flaggenstaatlichen Grundpflicht einer "effective jurisdiction and control" zielt dieser "*indirect approach*" nicht mehr auf eine direkte Regulierung von Flaggenverleihungsvoraussetzungen, sondern auf eine Verschärfung der an diese geknüpften Folgepflichten des Flaggenstaates in den Bereichen Schiffssicherheit, Sozialstandards und Umweltschutz; die Einhaltung dieser flaggenstaatlichen Pflichten wird dabei gesichert durch eine zunehmende Ausweitung korrelierender Regelungs- und Durchsetzungsbefugnisse von Küsten- und Hafenstaaten gegen Schiffe unter fremder Flagge. Auch wenn dieser Ansatz nicht mehr unmittelbar gegen "Offen Register"-Staaten gerichtet ist, sondern flaggenunabhängig die an das Schiff anknüpfenden Hoheitsbefugnisse regelt, zwingt er zu einer Anhebung von Standards und führt damit - bewußt - auch zu einer Verringerung der Kostenvorteile "billiger" im Vergleich zu traditionellen Flaggen.

Auch wenn in der UN-Registerkonvention zur Absicherung zunehmend angestrebter Ladungslenkungsmechanismen nochmals der Versuch einer international verbindlichen Definition von Voraussetzungen der Staatszugehörigkeits-

verleihung unternommen worden ist, hat sich der "*indirect approach*" in der Schifffahrtspraxis als wesentlich wirkungsvoller erwiesen.

Insgesamt versucht die vorliegende Untersuchung aufzuzeigen, wie das Phänomen der "flags of convenience" zur Rechtsfortbildung im Gesamtbereich des Rechts der Staatszugehörigkeit von Schiffen, d.h. sowohl im Recht der Flaggenverleihung als auch im Recht der Flaggenhoheit, geführt hat. Insbesondere die Fortentwicklung im zuletzt genannten Rechtsgebiet reiht sich ein in den auch anderwärts zu beobachtenden Übergang des Seevölkerrechts von einem Recht der - die Staatenfreiheit betonenden - Koexistenz zu einem Recht verstärkter internationaler Kooperation mit der Folge einer Neuverteilung von Souveränitätsrechten. Auch hier kommt somit der Grundgedanke der gemeinsamen Verantwortung aller Staaten zur Erhaltung des Lebens- und Wirtschaftsraums "Meer" und der Schifffahrtswelt insgesamt zum Ausdruck.